

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 9

Artikel: Ungarn in dreifacher Krise
Autor: Pozsgai, Joseph
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093285>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Joseph Pozsgai

Ungarn in dreifacher Krise

Ungarn hat seine Vorreiterrolle unter den ehemaligen Ostblockstaaten in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft seit dem Systemwechsel vor einem Jahr total eingebüsst.

Was in den einstigen Satellitenländern Moskau und in Jugoslawien sowie Albanien geschieht, darüber berichten die westlichen Medien fast tagtäglich. Nur Ungarn fehlt in den Schlagzeilen, als ob im Land der Magyaren alles in bester Ordnung wäre. Der Schein trägt gewaltig. Das Land befindet sich in einer schweren dreifachen Krise: den Bereichen Gesellschaft, Politik und Wirtschaft.

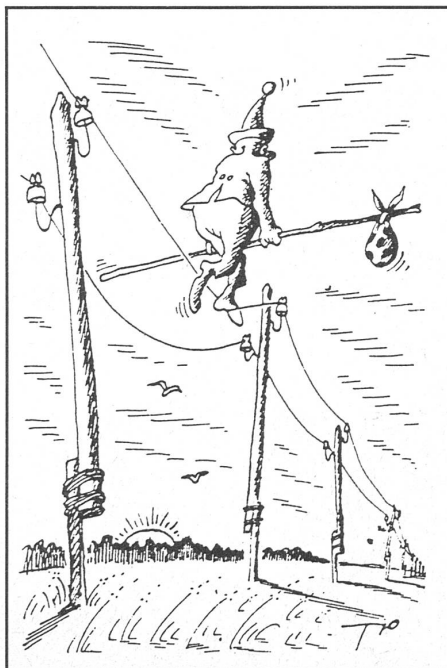
Westliche Korrespondenten in Budapest haben sichtbar grosse Probleme, die düstere Wirklichkeit zu erfassen. Denn die Regierung gibt sich trotz allem in ihren Erklärungen, was die Zukunft betrifft, äusserst optimistisch und hofft als erster Ostblockstaat in der EG zu landen. Hinter dieser Fassade der Zuversicht und Ordnung findet man die grossen Berge von Problemen, die sich aber hauptsächlich nicht aus den überall typischen Schwierigkeiten des Übergangs von der kommunistischen Diktatur zur Demokratie und Privatwirtschaft ergeben.

Die Krisen sind «hausgemacht». Zwischen dem Volk und dem ersten frei gewählten Parlament entstand in kurzen zwölf Monaten eine immer tiefer werdende Kluft. Bei den ersten Gemeindevahlen im September gingen nicht einmal 40 Prozent der Bürger zur Urne. Und jetzt, bei zwei Nachwahlen für das Parlament, zeigte sich ein geradezu alarmierendes Desinteresse: In einem inneren Wahlbezirk in Budapest nahmen lediglich 22,15 Prozent der Wähler am Urnengang teil und im Komitat Komárom sogar nur 13 Prozent, obwohl eine Reihe von prominenten Bürgern, Sportlern und Schauspielern aufgestellt waren.

Soviel zur gesellschaftlichen Krise. Eine grosse Mehrheit der Bevölkerung glaubt einfach nicht daran, dass die gegenwärtige Regierungskoalition die enorm grossen Probleme, vor allem den ständig sinkenden Lebensstandard, zu bewältigen vermag.

Doch Ministerpräsident József Antall ist anderer Meinung. Er bestreitet die Existenz einer sämtliche Bereiche umfassenden Krise in Ungarn. Ständig von einer solchen zu sprechen, sagt er, sei eine Art Masochismus. Sein Zweckoptimismus ist verständlich. Dies gehört zu seinem Geschäft. Aber er könnte nicht einmal Teilbereiche der Wirtschaft und Gesellschaft aufzeigen, wo die «Tunnelfahrt» sich ihrem Ende nähert.

Was die Quantität betrifft, hat das Parlament eine lobenswerte Leistung hinter sich. Es wurden in einem Jahr über 100 Gesetze im Eilverfahren verabschiedet, was freilich zu Lasten der Qualität ging. Die Kompetenzen des Staatspräsidenten und des Regierungschefs sind beispielsweise in der neuen Verfassung in Sachen der Streitkräfte und der Aussenpolitik nicht ganz klar festgelegt, so dass es in einigen konkreten Fällen zwischen den Amtsinhabern bereits peinliche Diskussionen gab.



Eine sowjetische Karikatur, übernommen in der Tschechoslowakei («Dikobraz», Prag) und anwendbar auch auf Ungarn.

Was jedoch viel wichtiger ist, es passierten bislang keine der unerlässlichen gesetzlichen Regelungen zum wirtschaftlichen Systemwechsel das Parlament. Allen voran bereiten die noch immer fehlenden Gesetze zur Eigentumsreform grosse Probleme. In der bisher relativ gut funktionierenden Landwirtschaft breitet sich eine lähmende Unsicherheit aus, weil niemand weiss, wie weit die Rückgabe des verstaatlichten Bodeneigentums gehen wird und was mit den Genossenschaften geschieht. Im Industriebereich verhindern wiederum die ungeklärten Eigentumsverhältnisse den erwünschten grösseren Zustrom von ausländischem Investitionskapital.

Das Parlament quält sich seit Monaten mit der Eigentumsreform, aber kleinkarierte Partei-Interessen blockierten bislang annehmbare Kompromisse. Ein Verwirrspiel vor Augen der Bevölkerung, nachdem im Fernsehen über die Sitzungen lückenlos berichtet wird. Das oft niedrige Niveau der Diskussionen hat zur politischen Entfremdung der Wähler und Gewählten gewaltig beigetragen.

Insbesondere liegt die Skepsis im wirtschaftlichen Gebiet tief, zumal die Kaufkraft durch die ständigen und massiven Preiserhöhungen immer niedriger wird und in absehbarer Zeit keine Aussicht besteht, dass die Dinge sich zum Besseren wenden. Die staatliche Industrie steht noch fast unverändert da. Die Regierung hat kein Geld zur Privatisierung und Modernisierung der Betriebe. Ausländisches Privatkapital fliesst nur sehr zaghaft ins Land. Dazu kommt der Zusammenbruch des Comecon-Marktes, wo Ungarn mehr als 40 Prozent des Exports absetzte. Der starke Rückgang des Fleischexports trifft besonders die Bauern hart, deren Existenzgrundlage bisher die Viehzucht war.

In dieser aussichtslosen wirtschaftlichen Lage betrachtet dennoch die Regierung als ihre Hauptaufgabe die termingemässe Rückzahlung der Dollarschulden des Kádár-Regimes und macht dabei noch weiter Milliarden-schulden. Dies führt freilich zur weiteren

ZUSAMMENHÄNGE

Ex-DDR: Das Spiel mit der Angst

Verschlechterung, weil die kranke Wirtschaft die Schuldenlast – in diesem Jahr über vier Milliarden Dollar – keineswegs tragen kann. Es stösst im Lande auf immer grösser werdendes Unverständnis, dass Regierung und Notenbank den polnischen Weg strikt ablehnen, wo auf Walesas Vorstoss die westlichen Geberländer 50 Prozent (die USA 70 Prozent) der Staatskredite bereits gestrichen haben und viele private Banken versprochen, das gleiche zu tun.

So ist nicht nur eine weitere Vertiefung der Wirtschaftskrise vorprogrammiert, sondern es besteht auch eine politische Explosionsgefahr. Das Beispiel der Ex-DDR zeigt geradezu alarmierend, wie schwierig es ist, ein bankrottetes Wirtschaftssystem auch mit genügenden Geldmitteln zu sanieren und zu privatisieren. Wie man das ohne Geld schaffen kann, das werden auch die Ungarn gewiss nicht erfinden können.

Um die gefährliche Talfahrt zu stoppen, haben sich jetzt einige namhafte unabhängige Politiker zusammengetan, an der Spitze mit Imre Pozsgay, der 1988/89 die treibende Kraft der Abschaffung des kommunistischen Systems war, und mit Zoltán Biró, einem der Gründer des regierenden Ungarischen Demokratischen Forums. Ihr Ziel ist, im Parlament eine neue Kraft, eine Fraktion der Unabhängigen Abgeordneten, zu bilden und mit einem Alternativprogramm das Land aus dem Tief herauszuholen. Zulauf werden sie wahrscheinlich von allen Parteien bekommen. ■

Wachsende Unzufriedenheit, Demonstrationen in der Ex-DDR. Wenn ein Pole, eine Tscheche oder ein Ungar diese Schlagzeilen liest, reagiert er darauf nur mit einem müden Lächeln.

«Was kann dort überhaupt schiefgehen», lautet der stereotype Bescheid, «wenn die stärkste Wirtschaftsmacht Europas voll und ganz hinter den Ostdeutschen steht . . . Wir würden gern ihre sämtlichen Probleme zusammen mit dem reichen Onkel in Bonn ohne jegliche Bedenken jederzeit übernehmen.» Schon unter der sowjetischen Oberhoheit habe die DDR eine Sonderstellung gehabt, wird nicht ohne Bitterkeit bemerkt. Denn Moskau habe dort einen 70 bis 100 % höheren Lebensstandard genehmigt aus der Angst, dass der westdeutsche Wohlstand die ostdeutsche Bevölkerung hinüberzöge und die DDR in wenigen Jahren leer werden könnte.

In der Tat: Andere ehemalige Ostblockländer gleichen Schicksals können nicht einmal träumen davon, dass sie von dem Westen jährlich mehr als 100 Milliarden Mark bekommen, wie die Ex-DDR, um die zweifellos enorm schwierigen Probleme des politischen und wirtschaftlichen Systemwechsels zu lindern. Statt dessen müssen sie Milliarden Dollar jährlich an westliche Staaten und Banken für die Schulden zurückzahlen, die ihre kommunistischen Regierungen in den Jahren der Entspannung gemacht haben. Diese Tatsache erübrigt jeden Kommentar über die ganz verschiedenen Zukunftsaussichten der Ostdeutschen und der anderen früheren Ostblock-Völker.

Vor diesem Hintergrund erschiene die plötzlich entstandene Zukunftsangst in den neuen Bundesländern grundlos und unverständlich, wenn man nicht wüsste, woher der Wind weht. Die lautstarke Kritik an der Bundesregierung, der Treuhandanstalt und an Kanzler Kohl sowie die Organisatoren der neuen Montagsdemos kamen aus dem Westen, von der SPD und von den Gewerkschaften in einer konzertierten Aktion.»

Welche Motive die Bonner Sozialdemokraten zu diesem riskanten Spiel veranlasst haben, liegt auf der Hand. Die Freigabe Osteuropas durch Gorbatschow – dieser Prozess begann schon 1988 in Polen und Ungarn – traf die SPD völlig unerwartet und

unvorbereitet. Kurz vor dem Sturz Honeckers parlierten noch hohe SPD-Politiker im September 1989 mit SED-Politbüromitglied Axen über weitere Zusammenarbeit.

Die ganze stille Revolution in der Ex-DDR und der danach beginnende Vereinigungsprozess der beiden deutschen Staaten ging an der SPD total vorbei. Die Lorbeeren für das grosse historische Werk erntete die Bonner Regierungskoalition unter Helmut Kohl. Ungeachtet des massiven Vereinigungswillens der ostdeutschen Bevölkerung hat der damalige SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine das Wahlprogramm seiner Partei total falsch programmiert. Seine Thesen gegen eine schnelle Vereinigung und die Währungsunion lösten nicht nur in der neuen Ost-SPD, sondern selbst in der Bonner Baracke Verwunderung und Kritik aus. Wenn selbst die Sowjetunion mit den westlichen Siegermächten bereit war, der deutschen Vereinigung vertraglich ohne besondere Vorbehalte zuzustimmen und Gesamtdeutschland die volle staatliche Souveränität zurückzugeben (4+2-Vertrag), dann kann man nur als einen folgenschweren politischen Fehlgriff bezeichnen, wenn dagegen eine deutsche Partei als «Bremsen» auftritt, wie Lafontaine es getan hat.

Auch die kleinkarierten Sticheleien mit den «unerträglichen Kosten» der Vereinigung verfehlten ihre Ziele. Einerseits lassen sich die Sanierungskosten einer völlig bankrotten Volkswirtschaft schwerlich voraussehen. Andererseits ist es eine historische Pflicht Bonns, die notwendigen Finanzmittel zu einem möglichst schnellen Systemwechsel in den neuen Bundesländern zu sichern. An der Macht hätte das auch die SPD nicht anders machen können. jp